

Schön geschafft

Ein neues Grundsatzprogramm soll der SPD den Weg ins nächste Jahrtausend öffnen. Wahlkämpfer Johannes Rau kann zufrieden sein: Flügelkämpfe wurden vermieden.

Wenn ihm die Theoriediskussion zu langsam und der Berg der Positionspapiere zu hoch wurden, entfuhr Heinz Kluncker, beratendem Mitglied der SPD-Programmkommission, schon mal ein Stoßseufzer. „Macht das kurz und knapp“, mahnte der ehemalige ÖTV-Boß dann, „damit jeder sieht, wo's langeht.“

Doch die Zeiten, da die Sozis ihre Gegenentwürfe zur Klassengesellschaft in wenigen Punkten zusammenfaßten, sind längst vorbei. Auf anderhalb bis gut drei Taschenbuchseiten passen die Programme von Eisenach (1869), Gotha (1875) und Erfurt (1891). Und für das Heidelberger Programm, in dem sich die Sozialdemokraten 1925 mit klassenkämpferischem Vokabular ihren Frust über die Entwicklung der Weimarer Republik von der Seele schrieben, reichen ganze neun Seiten.

So weit dachte Heinz Kluncker gewiß nicht zurück, als er für Kürze plädierte. Eher wird er das Godesberger Programm von 1959 im Sinn gehabt haben, mit dem die Traditionsparterie den alten Widerspruch zwischen radikaler Theorie und reformistischer Praxis überwand, sich zur Volkspartei wandelte und so den Weg ebnete zur Regierungsmacht in der zweiten deutschen Republik.

Die Wende zu begründen, bedurfte es damals schon einiger Worte mehr: Im Taschenbuch nimmt Godesberg knapp 22 Seiten ein.

Nun schlägt die SPD alle Rekorde: Der Entwurf eines neuen Grundsatzprogramms, den die 17köpfige Kommission am vorletzten Freitag abschließend beriet, dürfte mit 107 Schreibmaschinenseiten den Godesberger Text um das Dreifache übertreffen.

Der Ruf nach programmatischer Erneuerung war schon in den späten 70er Jahren laut geworden. Als erster fand der Parteidenker Erhard Eppler, es sei höchste Zeit, den alten Text den veränderten politischen Verhältnissen und dem gewandelten Bewußtsein in Partei und Gesellschaft anzupassen. Am Godesberger Programm störten ihn besonders der nur aus der Wirtschaftswunderzeit zu erklärende Glaube an stetiges Wachstum, die unkritische Rezeption von Wissenschaft und Technik als Motor des Fortschritts und das Fehlen der „ökologischen Dimension“ (Eppler).

Die Godesberger Defizite sah auch Willy Brandt, aber politisch-taktische Gründe hielten ihn lange Zeit davon ab, dem Drängen der Programmrenewer



Energie-Sparmittel Wärmedämmung: „Einstieg in sanfte Versorgung“

prägt ist. Dagegen wäre eine andere gesellschaftliche und politische Vision zu setzen: die Vision eines Gemeinwesens, das den engen Pfad dieser Rationalität verläßt, in dem möglichst viel an Kompetenzen von der Zentrale in die Gesellschaft zurückwandert und in dem der Laienverstand im Zweifelsfalle zumindest ebensoviel zählt wie der der Experten.

Es geht also gerade nicht um ein anderes Modell zentraler Planung und Verwaltung, sondern um Re-Kommunalisierung und Entstaatlichung. Für gefährlich kann diesen Weg nur halten, wer überzeugt ist, daß von unten wenig Gutes kommen könne, daß eine Gesellschaft, die nicht mehr durch das stählerne Band des aufgeklärten Zentralismus zusammengehalten wird, zwangsläufig in Formlosigkeit und Chaos verfallen müsse. Wir sehen das anders: Man muß den Menschen Gutes zutrauen. Mehr noch: Man muß sie mögen.

Heute werden die Fähigkeiten und Potenzen der Menschen durch einen selbstständigen Industrialismus mehr und mehr blockiert und an den Rand gedrängt. Sie werden nicht als das gefördert, was sie sind: Produktivkräfte auf dem Weg in eine freiere Gesellschaft. Die Bastler- und Selbsthilfementalität der Menschen, die zumindest im Privaten

und zum Teil auch im Kommunalen nie ganz beseitigt werden konnte, kommt heute politisch und im Kampf um einen anderen Gesellschaftsentwurf noch nicht zum Zuge.

Verschwendung und Mißachtung menschlicher Kreativität sollten wir uns nicht mehr leisten. Es ist möglich, auch die industriellen und technologischen Strukturen abzurüsten, sie so zu gestalten, daß sie Autonomie und Partizipation nicht hemmen, sondern möglich machen. Mit technologischen Korrekturen wird es nicht getan sein: die Requalifizierung der Gesellschaft, der Kommunen und einzelnen und die Abrüstung der industriellen Giganten stehen an.

Selbstverständlich ist der Ausstieg aus der Atomenergie in dieser Auseinandersetzung ein Minimalprogramm. Die Atomwirtschaft war ein gefährlicher Irrweg. Auch denen, die ihn eröffnet und propagiert haben, sollten wir die Möglichkeit geben, ihn ehrenvoll und ohne Gesichtsverlust wieder zu verlassen. Die Lust an der Demütigung des politischen und gesellschaftlichen Gegners ist nach Tschernobyl noch weit weniger angebracht als ohnehin schon. Nach dem Super-GAU hilft es niemandem mehr, daß wir – in Gottes Namen: objektiv – recht hatten.

nachzugeben. Als sich in der Endphase der sozialliberalen Koalition breite Teile der Partei im Streit um Raketen, Atomenergie und Umweltpolitik immer weiter von den Regierungsmachern unter Helmut Schmidt entfernten, wollte der SPD-Chef die Kluft nicht durch eine Programmdebatte zusätzlich vertiefen.

Auf dem SPD-Kongreß 1984 in Essen präsentierte sich Brandt dann freilich als Programmreformer. Weil sich die Partei dank der Schwächen der christliberalen Regierung Helmut Kohl schneller als erwartet aus ihrem Tief nach dem Bonner Machtverlust hochrappelte, hatte sich der alte Strategie entschlossen an die Spitze der Bewegung gesetzt.

Es war ein wohlkalkulierter Schachzug: Als Vorsitzender der in Essen beschlossenen Programmkommission konnte Brandt nicht nur die Inhalte, sondern vor allem den Zeitplan der Debatte kontrollieren.

Mit dem jetzt vorliegenden Entwurf hat die SPD eine Grundlage für den Bundestagswahlkampf 1987 vorzuweisen. Die eigentliche Programmdiskussion soll allerdings erst nach dem Januar losgehen und wird deshalb den Kampf um die Macht am Rhein nicht belasten.

Der Kanzlerkandidat beurteilte den Entwurf bereits als „hilfreich“. Tatsächlich haben die Godesberg-Reformer in den vergangenen zwei Jahren ein parteipolitisches Meisterstück vollbracht, die alte Links-Rechts-Konfrontation verlor sich im Lauf der Arbeit.

Als die ehemalige Juso-Vorsitzende Heidemarie Wiczorek-Zeul in der ersten Sitzung zu einer Grundsatzklärung anhub, murmelte der rechte IG-Chemie-Chef Hermann Rappe, neben Eppler und der Chefin der Arbeitsgemeinschaft Sozialdemokratischer Frauen Inge Wettig-Danielmeier einer der drei stellvertretenden Kommissionsvorsitzenden, noch abfällig zu seinem Tischnachbarn: „Die Linken gehen immer zum selben Brunnen.“ Doch aus derlei „selektiver Wahrnehmung“, beobachtete Brandt-Referent Karl-Heinz Klär, wurde ein „wirklichkeitsnäheres Bild“ von Personen und Positionen, je tiefer sich die Kommissionäre in die Details knieten.

Rappe selbst war es, der in einem mit seinem linken Kollegen Franz Steinkühler von der IG Metall erarbeiteten Diskussionspapier die Konfrontation zwischen gewerkschaftlichem Wachstumsdenken und ökologisch begründeter Wachstumsskepsis vermeiden half.

Die Väter des Godesberger Programms hatten vor fast dreißig Jahren versucht, ihre Partei vom Ruch des Revolutionären und Klassenkämpferischen zu befreien. Ihre Leitsätze könnten heute genauso gut in einem aufgeklärten christdemokratischen Programm stehen: „Ziel sozialdemokratischer Wirtschaftspolitik ist stetig wachsender Wohlstand und gerechte Beteiligung aller am Ertrag der Volkswirtschaft.“



Parteidenker Eppler, Brandt: Abkehr vom Wachstumsfetischismus

Godesberger Programmatik machte die SPD wählbar, öffnete sie für Marktwirtschaftler wie Karl Schiller und Alex Möller, beförderte die Roten an die Macht – für 13 lange Jahre.

An der Schwelle der neunziger Jahre muß die alte Arbeiterpartei erneut umdenken. Im sogenannten Irseer Entwurf versuchen sich die Sozis nun an neuen Perspektiven: „Inzwischen wissen wir, daß Wirtschaftswachstum allein die Arbeitslosigkeit nicht beseitigen, wohl aber die natürlichen Lebensgrundlagen schädigen kann.“

Befreit von den Zwängen, die eigene Programmatik dem Pragmatismus eines SPD-Kanzlers wie Helmut Schmidt unterordnen zu müssen, wagen die Sozis, Wachstumskritik in ihr Grundsatzprogramm zu schreiben. Die von Erhard

Eppler in den siebziger Jahren in Gang gesetzte Diskussion über „Lebensqualität“ findet zehn Jahre später ihren programmatischen Niederschlag.

Die SPD benennt, was sie vom Staat erwartet: „Aufgabe der Politik ist es, solches Wachstum zu fördern, das Zukunftschancen öffnet und Lebensqualität steigert, dagegen solches Wachstum zu verhindern, das Zukunftschancen einengt und Lebensqualität mindert.“

Für ihre „Politik des gewählten Wachstums“ legt sich die SPD konkret fest: Sie will nur fördern, was schwere und monotone Arbeit überflüssig macht, humane Arbeitsplätze schafft, gesundheitliche Risiken und Unfallgefahren verhindert, ökologische Kreisläufe schont, Boden und Landschaft erhält, Energie- und Rohstoffverbrauch reduziert, Abfall vermeidet, möglichst wenig in bürgerliche Freiheiten eingreift und den Bedürfnissen der armen Völker entgegenkommt. Ein Kernsatz für künftige SPD-Politik: „Die Vermeidung von Umweltschäden ist billiger als deren Beseitigung.“

Im Kampf gegen die Arbeitslosigkeit legt sich die SPD in ihrem Programm auf Instrumente fest, die derzeit bei anderen Parteien noch heftig umstritten sind. Das gilt für die Verkürzung der Arbeitszeit ebenso wie für andere „nationale Aufgaben“. Die SPD verlangt, daß

- ▷ der Produktionsfaktor Arbeit nicht länger mit den gesamten Kosten des sozialen Sicherungssystems belastet wird;
- ▷ durch das Steuersystem künftig der Faktor Kapital stärker belastet wird als der Faktor Arbeit;
- ▷ arbeitsplatzschaffende Investitionen steuerlich besser gestellt werden als Finanzanlagen.



Parteirechter Rappe
„Immer zum selben Brunnen“

Schwerer tut sich die Partei mit der Beschreibung ihres künftigen Weges „zu einer demokratischen Wirtschaftsordnung“. Nach monatelangen Streitereien zwischen dem wirtschaftspolitischen Sprecher der SPD-Fraktion, Wolfgang Roth, und dem NRW-Fraktionsvorsitzenden Friedhelm Farthmann über einen schwachen oder starken Staat in der Zukunft bescheidet sich der „Irseer Entwurf“ mit dem Godesberger Sowohl-Als-auch: „Soviel Wettbewerb wie möglich, soviel Planung wie nötig.“ Der Markt sei „unentbehrlich als Steuerungsprinzip und Antriebskraft“, er fördere „Effizienz, Strukturwandel und damit die Wettbewerbsfähigkeit“.

Dann folgt Marktkritisches, über mehr als acht Schreibmaschinenseiten. Der Markt begünstige die Konzentration, verschleudere „Werte der natürlichen und sozialen Umwelt“, er könne „weder die sozialen noch die ökologischen Probleme lösen“. Denn: „Der Markt schafft und zerstört, unablässig und überall“ – auch Arbeitsplätze.

Der Staat, und zwar „ein starker und handlungsfähiger“, einer, „der mehr ist als Reparaturbetrieb“, müsse daher dem Markt Fesseln anlegen. Im Programm werden „staatliche Rahmenplanung“ unter Beteiligung der Gewerkschaften und die „verstärkte Kontrolle“ von Banken und Versicherungen verlangt, dazu die Vergesellschaftung und Überführung in Gemeineigentum in solchen Fällen, wo Machtkontrolle anders nicht zu erreichen ist.

Künftige Steuerentlastungen indes, wie von der derzeitigen Regierung immer wieder versprochen, lehnen die Sozialdemokraten ab: „Wenn der Staat tun soll, was weder Gruppen noch einzelne allein zu leisten vermögen, im Interesse aller aber nötig ist, kann keine Regierung und keine Partei guten Gewissens eine nennenswerte Senkung der Steuern und Abgaben in Aussicht stellen.“

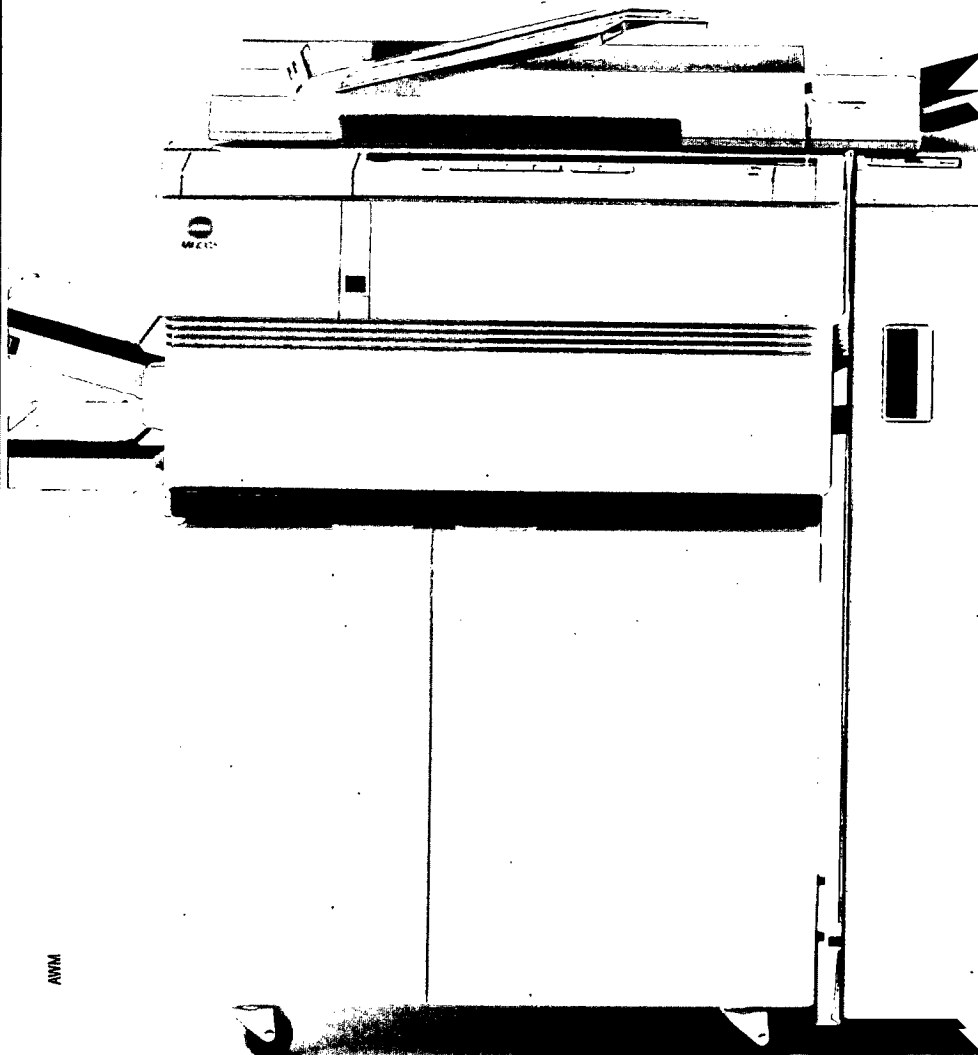
Zugleich versperrt sich die SPD im Programm den leichten Weg, um von Staats wegen – wie es die Gewerkschaften fordern – gegen Arbeitslosigkeit anzugehen und Wohltaten zu finanzieren: „Eine Politik, die durch kreditfinanzierte öffentliche Programme dauerhaft Wirtschaftswachstum erzeugen will, muß auf längere Frist scheitern.“

Auffallend knapp war im Godesberger Programm das Kapitel „Soziale Verantwortung“ ausgefallen. Um so konkreter hatten damals die Sozialdemokraten ihre Ziele formuliert: „Staatliche Mindestrente“ für jeden Bürger, „umfassende Gesundheitssicherung“, Förderung des sozialen Wohnungsbaus.

Im neuen „Godesberg“ haben sich die Schreiber unter der Überschrift „Durch soziale Gerechtigkeit zur solidarischen Gesellschaft“ erheblich mehr Raum gegönnt. Die Aussagen sind dafür weniger präzise. Als roter Faden zieht sich die Erkenntnis durch den Text, daß die Finanzierung der sozialen Sicherung ge-

Alle

Neu! Das also ist der Super-





SPD-Programmparteitag in Bad Godesberg 1959*: Die Roten an die Macht befördert

gen Alter, Krankheit und Arbeitslosigkeit auf Dauer nicht mehr gesichert ist, es sei denn, die Struktur der Systeme wird verändert. „Auch für moderne Sozialpolitik rückt Qualität vor Quantität“, heißt es dazu.

Ohne Modelle zu beschreiben, öffnen die Sozialdemokraten Optionen für Veränderungen. Beispielsweise werde es nötig sein, den über Steuern finanzierten Anteil am Aufkommen der Rentenversicherung „allmählich auszuweiten“. Denn die Zahl der Rentner steigt, während die der Beitragszahler abnimmt. Die Altersversorgung werde, glauben die Sozis, zu einer Aufgabe für alle: für Beitragszahler, Steuerpflichtige und Rentner.

Wenn durch Rationalisierung der Anteil der Arbeitsentgelte am Volkseinkommen und damit das Aufkommen der Sozialversicherung sinke, müßten neue Geldquellen erschlossen werden. Verschwommen heißt es: „Deshalb wollen wir die Arbeitgeberbeiträge zur Sozialversicherung auf eine erweiterte Grundlage stellen, die das Leistungsvermögen der Unternehmen berücksichtigt.“ Gemeint ist eine „Maschinensteuer“, eine Abgabe auf Kapitalinvestitionen. Dies auszuspochen erschien den Programm-schreibern jedoch nicht opportun – Kanzlerkandidat Rau mochte sich in diesem Punkt noch nicht festlegen.

Nicht nur die Umkehr vom Wachstumsfetischismus hin zur ökologischen Erneuerung der Volkswirtschaft dokumentiert den Bewußtseinswandel der Genossen. Perdu ist die Godesberger Hoffnung, „daß der Mensch im atoma-

ren Zeitalter sein Leben erleichtern, von Sorgen befreien und Wohlstand für alle schaffen kann, wenn er seine täglich wachsende Macht über die Naturkräfte nur für friedliche Zwecke einsetzt“.

Der Entwurf des neuen Programms schreibt nicht nur den Ausstieg aus der Atomenergie („nur für eine kurze Übergangszeit verantwortlich“) und das Nein zur Plutoniumwirtschaft fest. Er räumt auch auf mit unkritischem Technik- und Wissenschaftsverständnis: „Technische Innovation muß da ihre Grenze finden, wo sie sich demokratisch nicht mehr beherrschen läßt, wo die Tiefe des Eingriffs in einem erkennbaren Mißverhältnis steht zu unserem Wissen über die – oft nicht mehr rückholbaren – Folgen.“ Als Beispiel dienen, neben der Atomwirtschaft, die Gentechnologie und die „Entwicklung immer gefährlicherer Vernichtungswaffen“.

Wie dem Bewußtsein der Genossen auch mal kräftig nachgeholfen werden kann, bewiesen die Frauen in der Kommission. Obwohl mit vier von 17 ordentlichen Mitgliedern hier ebenso unterrepräsentiert wie in anderen Parteigruppen, setzten die SPD-Damen in zäher Überzeugungsarbeit ein eigenes Kapitel über die gesellschaftliche Gleichheit von Frau und Mann durch.

Anders als in Godesberg, wo die Patriarchen noch darauf beharrt hatten, daß „Gleichberechtigung . . . die Beachtung der psychologischen und biologischen Eigenarten der Frau nicht aufhe-

* Das Kreuz bezeichnet Heinz Kluncker, dahinter Erhard Eppler.

ben“ solle, streben die Sozialdemokraten nun eine Gesellschaft an, in der Frauen und Männer „sich allen Bereichen der gesellschaftlichen Arbeit und des gesellschaftlichen Lebens widmen und denen nach Haus- und Erwerbsarbeit Zeit und Kraft bleibt für gesellschaftliches Engagement, für sportliche und kulturelle Tätigkeit“ – durch Umverteilung und Kürzung der Arbeitszeit.

Dazu wollen die Genossen darauf hinarbeiten, daß in den Parlamenten künftig „zur Hälfte Frauen“ sitzen. Das Kapitel gipfelt in dem Satz: „Wer die menschliche Gesellschaft will, muß die männliche Gesellschaft überwinden.“

Die Rekordlänge des neuen Programms ist freilich nur zum geringsten Teil der Hartnäckigkeit der Genossinnen zuzuschreiben. Zu großen Teilen befaßt sich der Entwurf auch mit Problemen, die Ende der 50er Jahre nur ansatzweise zu erkennen oder für die SPD noch tabu waren, wie etwa die Nato und die Sicherheitspolitik im Atlantischen Bündnis. Zu mehr als dem Ja zur „Landesverteidigung“ hatten sich die Sozis in Godesberg noch nicht durchringen können, die Bundeswehr bezeichneten sie stur als „Streitkräfte“.

Jetzt wird das ganze Tableau der Sicherheitspolitik erörtert und festgeschrieben, was sich in der Parteidiskussion schon seit langem abzeichnet: „Gemeinsame Sicherheit“ zwischen den Blöcken soll durch „strukturelle Nichtangriffsfähigkeit“ erreicht werden, dazu gibt es ein Nein zu Waffen im Weltraum. Den SDI-besessenen Ameri-



Gemüsekäuferin Hannelore Kohl, Kunden im Supermarkt: Die zur Schau gestellte Sorglosigkeit nutzte wenig

kanern schreiben die Genossen auch dies ins Stammbuch: „Das Bündnis muß Schaden nehmen, wenn seine Führungsmacht, die USA, Überlegenheit anstrebt und Weltmachtspolitik ohne Rücksicht auf ihre europäischen Verbündeten und deren Interessen betreibt.“ Daß ein entsprechender Hinweis auf Überlegenheitsbestrebungen Moskaus fehlt, wird die Gegner der SPD freuen.

Noch nicht recht erkennbar war für die Godesberger Programmgestalter auch die Bedeutung des europäischen Einigungsprozesses, der mit wenigen Zeilen abgehakt wurde. Diese Thematik hat nun unter dem Stichwort „Europäisierung Europas“ ihren zentralen Platz sowohl in der Sicherheits- wie auch in der Wirtschaftspolitik.

Nicht minder dramatisch fiel die Gewichtsverlagerung bei der Nord-Süd-Problematik aus, neben der Friedenspolitik das Herzensthema Willy Brandts. In Godesberg hatten sich die Sozialdemokraten noch mit einem Solidaritätsversprechen für den armen Süden begnügt und im übrigen darauf gesetzt, daß halt „der Weltreichtum neu verteilt“, vor allem aber „die Produktion in den Entwicklungsländern erheblich gesteigert“ werden müssen.

Der neue Entwurf legt derlei Patentrezepte ad acta und fordert eine grundlegende Neuorientierung der Nord-Süd-Politik: „Den meisten Entwicklungsländern ist, wie auch deren Überschuldung zeigt, der Versuch einer Imitation der Industrieländer schlecht bekommen. Entwicklungszusammenarbeit, die auf Nachahmen im Interesse der Wirtschaft der Industrieländer angelegt ist, hat sich als schädlich erwiesen.“

SPD-Chef Brandt, der sich an der Schlußredaktion des Entwurfs stark beteiligt und besondere Mühe auf ein eigenes Kapitel über Herkunft und Ziele demokratischer Sozialisten verwandt hatte, war zufrieden, als er am vorletzten

Freitag seine Kommission nach getaner Arbeit entließ: „Das haben wir doch schön geschafft.“

Besonderes Lob wurde Erhard Eppler zuteil: Der linke Vordenker hatte den größten Teil der Mammutaufgabe übernommen, aus 110 Positionspapieren einen ersten geschlossenen Entwurf zu machen. Daß er sich dabei streng am gemeinsamen Diskussionsstand orientierte und eigene Vorstellungen zurücknahm, trug ihm allgemeine Hochachtung ein.

Nicht zuletzt der Blick auf die zweijährige Teamarbeit bewog Willy Brandt, einen Vorschlag aus dem hohen Norden zu verwerfen: Der schleswig-holsteinische Oppositionsführer Björn Engholm hatte angeregt, den Programmparteitag 1988 in Brandts Geburtsstadt Lübeck abzuhalten.

Nach anfänglicher Rührung siegte beim SPD-Patriarchen das politische Kalkül. Ein Tagungsort Lübeck, fand er, würde das neue Programm über die Maßen mit seinem Namen verbinden. Und überhaupt: „Im Grund bin ich da doch relativ früh weggegangen.“

LEBENSMITTEL

Angst vor der Ernte

Sind Obst und Gemüse strahlengeschädigt? Die Lebensmittel-Industrie fürchtet weiteren Vertrauensschwund.

In der Frankfurter „Villa Kunterbunt“, einem sonst ruhigen Laden für gebrauchte Kinderkleidung, war bös was los. Ständig klingelte das Telefon, aufgeregte Eltern stürmten in den Laden.

Alle wollten nur das eine: Milchpulver aus dem Jahre 1985. Die sonst bei Eltern und Kindern verpönte Trockenmilch war nach dem schweren Reaktorunfall im

sowjetischen Tschernobyl der große Renner. Gleich zentnerweise wurde das blaßgelbe Zeug an Verbraucher verkauft, die fürchteten, sich mit frischer Milch radioaktiv zu verseuchen.

Die strahlenfreie Ware stammte aus den Beständen der Bundesanstalt für Landwirtschaftliche Marktordnung (BALM). Die Frankfurter Behörde verwaltet den deutschen Anteil der europäischen Agrarüberschüsse, darunter 750 000 Tonnen Milchpulver.

Daß die BALM ihre Trockenmilch nur tonnenweise abgibt, hat die neue Kundschaft nicht geschreckt. Eifrige Organisatoren sorgten in vielen Städten für Sammelbestellungen in der Nachbarschaft. Denn so wie in Frankfurt hatten auch andernorts die Verbraucher das Vertrauen in die Ware aus dem Supermarkt verloren. Während vor allem Frischgemüse und Milchprodukte liegenblieben, waren Konserven und Trockenprodukte – je älter, desto besser – gefragt. Die BALM setzte in wenigen Tagen fast 600 Tonnen Milchpulver um.

Zu den Kunden gehörten nicht nur besorgte Eltern, sondern vor allem auch Hersteller der Lebensmittel-Industrie. So orderte die zum Nestlé-Konzern gehörende Allgäuer Alpenmilch AG einige Tonnen Milchpulver für die Herstellung von Babykost, nachdem verseuchte Frischmilch die Produktion zwei Wochen lahmgelegt hatte. Ansonsten herrschte nach Tschernobyl bei Nestlé wie bei der Konkurrenz zunächst Ratlosigkeit. „Es gibt“, hieß es etwas verquollen beim Bielefelder Oetker-Konzern, „derzeit noch keine Lösungsansätze.“

Wie die Verbraucher waren auch die Lebensmittel-Hersteller völlig unvorbereitet von der radioaktiven Wolke aus dem Osten überrascht worden. Ihre Kunden, verwirrt durch Begriffe wie Becquerel und immer neue Expertenmeinungen, schränkten von einem Tag